

Ottaway, Marina: Iran, the United States, and the Gulf: The Elusive Regional Policy. „Carnegie Papers“ # 105 / November 2009. 21 pp.

Die Direktorin des „Middle East Program“ in der Carnegie-Stiftung sieht sich dem Leitsatz verpflichtet, dass „jeder wirkungsvolle Zugang zu Iran in eine regionale Strategie eingebunden sein“ müsse. Diese Devise hält sie systematisch durch, indem sie die Politik und den Einfluss Irans gegenüber allen Staaten des arabischen Nahen Ostens unter besonderer Berücksichtigung der sechs Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate) durchleuchtet und sich darin sicher ist, dass die alleinige Konzentration auf das iranische Nuklearprogramm seitens der USA und der internationalen Gemeinschaft zu kurz greift.

Denn, so Marina Ottaway, seit dem Krieg gegen Saddam Hussein 2003 und dem nachfolgenden ethnischen und religiösen Chaos im Irak würden die Golfstaaten nicht länger auf den Schutzschild Amerikas vertrauen. Wenn Washington Iran eindämmen wolle, müsse es die Unwilligkeit der arabischen Staaten in Betracht ziehen, aus eigener Interessenlage heraus gegenüber dem Nachbarn auf Konfrontationskurs zu gehen. Zwar werde das Teheraner Regime von ihnen gefürchtet, doch gleichzeitig sei es die Quelle der Unterstützung für Syrien, für „ Hamas“ und für „Hisbollah“, während es gleichzeitig ein Störreservoir in der Meerenge von Hormuz, durch die täglich rund siebzehn Millionen Barrel Öl – ein Drittel der Weltproduktion – verschifft werden, vorrätig halten kann. Die iranische Gemengelage von konstitutionellen und politischen „checks and balances“ mag zwar von außen schwer durchschaubar sein, doch ist es stark genug, den arabischen Nahen Osten in Atem, wenn nicht gar in Schach zu halten.

Die Autorin kommt zudem nicht umhin, auf die Feindschaft zu verweisen, die Ägypten und Israel gegen Iran hegen. Doch deren Ausgangslage ist eine jeweils spezielle: Kairo, aber auch Amman, also Israels Friedensvertragsparteien, können es sich nicht leisten, von ihren eigenen Bürgern und von den arabischen Bevölkerungen anderer Staaten als Kooperationspartner Israels taxiert zu werden. Selbst für den Fall, dass sie sich von Iran bedroht fühlen, seien die Spannungen gegenüber Israel zu stark, als dass sie es wagen könnten, sich einer Initiative des friedlichen

Ausgleichs der Interessen unter Beteiligung Israels anzuschließen. Amerika seinerseits demonstrierte aufgrund der Verbundenheit mit dem jüdischen Staat seine Unfähigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Iran unter Einschluss Israels und arabischer Staaten aufzubauen – gleichgültig wer im Weißen Haus die Zügel in der Hand halte.

Hier macht Ottaway auf die Achillesferse Washingtons aufmerksam, die in der Schärfe ihres strategischen Vortrags Seltenheitswert besitzt: Solange die US-Administration Israel die palästinensische Frage überlasse, werde ihr keine Sicherheitsarchitektur für die Region gelingen. Wenn jedoch Israel in sie nicht eingebunden sei, verfüge die Regierung in Jerusalem über den Hebel, durch einseitige Maßnahmen gemeinsame amerikanisch-arabische Schritte zu untergraben; die Drohungen aus Jerusalem sind bekannt. Insofern sei Israel für die USA mehr ein Problem denn ein Alliiertes, wenn es um die Entfaltung einer neuen Strategie gegenüber Teheran gehe. Die Autorin fasst dieses Dilemma in dem Satz zusammen:

„Israel kann nicht Teil einer regionalen Strategie sein, solange das palästinensische Problem nicht gelöst ist, und es stellt eine Bedrohung für eine bilaterale US-Politik dar, die an einem Ausgleich mit Iran arbeitet.“

Ottaway lenkt die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf einen weiteren Aspekt in der Region, nämlich auf die unnachgiebige Feindschaft von Seiten Ägyptens. Obwohl das Land nicht unmittelbar vom Iran bedroht sei, es sich also keinem Sicherheitsrisiko ausgesetzt sehe, betrachte sich das Regime in Kairo nach wie vor – und zwar unberechtigterweise, fügt die Autorin hinzu, denn das politische Establishment der übrigen arabischen Staaten erkenne längst nicht mehr diesen Anspruch an, noch lasse es sich von Kairo beflügeln – als eine regionale Supermacht aufgrund der Größe Ägyptens, seiner Geschichte und seiner kulturellen Überlegenheit.

Deshalb reagiere Kairo besonders sensibel gegen iranische Ambitionen in dieser Richtung, die durch die Teheraner Unterstützung für „Hamas“ im Gazastreifen und „Hisbollah“ im Libanon mehrfach dokumentiert worden ist. Der daraus resultierenden Verunsicherung hat der Generalsekretär der „Partei Gottes“, Sheikh Hassan Nasrallah, im April 2009 neue Nahrung geliefert, als er stolz auf die Unterstützung der Islamischen

Widerstandsbewegung im Gazastreifen verwies und damit zweierlei zum Ausdruck brachte: das geringe, ja fehlende Vertrauen in Kairos diplomatische Bemühungen um einen Ausgleich zwischen „ Hamas“ und „ Fatah“ sowie die zumindest indirekte Aufforderung an Hosni Mubarak, den kalten Frieden mit Israel aufzukündigen. Auch wenn Israel die Zugänge im Norden und Osten des Gazastreifens kontrolliert, so bleibt Ägypten ebenfalls die ausreichende Versorgung mit Waren und Gütern der dortigen palästinensischen Bevölkerung schuldig. Die akzeptierten Tunnelanlagen bei Rafiah, allzu häufig in den Händen zwielichtiger Gestalten, reichen jenseits der Problematik als Transitstrecken für Waffenteile nicht aus, 1,5 Millionen Menschen mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen.

Von den Golfstaaten und ihrer strukturellen Schwäche abgesehen, verfügt auch Saudi-Arabien über eine Reihe von Gründen, der iranischen Führung zu misstrauen. Da sind zum einen die strategischen Herausforderungen für den reibungslosen Ölexport durch den Arabischen / Persischen Golf und das Teheraner Nuklearprogramm, vor dem Riyadh seine arabischen Nachbarn aus inneren und äußeren Motiven im Notfall nicht schützen kann. Zum anderen verweist die Autorin auf die religiöse Rivalität zwischen der wahhabitischen Bevölkerungsmehrheit und der schiitischen Minderheit in Saudi-Arabien, die das Königshaus in einem nationalen Dialog entschärfen möchte. Man wird hinzufügen dürfen, dass nach einer Demonstration iranischer Pilger Ende Juli 1987 saudische Sicherheitsleute die Große Moschee in Mekka umstellten und dass bei der anschließenden Straßenschlacht über 400 Menschen ums Leben kamen.

Genauso wie die monatelangen Vermittlungsbemühungen der ägyptischen Regierung sind die Bemühungen Riyadhs um einen Ausgleich zwischen „ Hamas“ – einem Kostgänger saudischer Subsidien – und „ Fatah“ im Februar 2007 erfolglos geblieben. Die Vereinbarung von Mekka scheiterte grandios: Der damalige Generalsekretär von „ Fatah“, der in Tunis residierende Faruk Qaddumi, forderte „ Hamas“ auf, die Regierung der seit dem Frühsommer 2006 etablierten nationalen Einheit zu verlassen, und machte ihre Führung für die vielen Dutzend Toten im Machtkampf mit „ Fatah“ verantwortlich. Hosni Mubarak distanzierte sich von „ Hamas“, denn mit ihr werde es keinen Frieden mit Israel geben, wenn sie in Gaza an der Macht bleibe. Nur die syrische Regierung verlangte von beiden Seiten, sich an die Vereinbarung von Mekka zu halten.

Was bleibt, ist der Eindruck rivalisierender politischer und ökonomischer Strategien und religiöser Spannungen. Sie bilden keine guten Aussichten dafür, dass der Nahe und Mittlere Osten in überschaubarer Zeit zur Ruhe kommt. Die innerarabischen Konkurrenzbeziehungen haben einen eigenen Stellenwert. So dringlich und zentral die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist, so wenig lässt sich von ihr allein erwarten, dass Frieden und Sicherheit in die Region einkehren. Allein die Unruhepotentiale in Gestalt der geringen Neigungen der Regierenden zu grundlegenden Reformen in der Kultur-, Bildungs-, Verfassungs- und Sozial- (einschließlich der Gender-)Politik reichen aus, um in der Region eine neue und konstruktive Dynamik zu verhindern.

Reiner Bernstein

03.12.2009